



Gewalt bei der Arbeit ist weiter verbreitet

Die gute Nachricht

Zu Hause oder im Büro – der morgendliche Kaffee gehört für viele Menschen zur Alltagsroutine. Eine US-Studie zeigt nun: Personen, die ihren Kaffee hauptsächlich am Vormittag trinken, haben ein um 16 Prozent geringeres allgemeines Sterberisiko als Nicht-Kaffeetrinker. Das Risiko, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu sterben, ist sogar um 31 Prozent niedriger. Bei Menschen, die Kaffee später am Tag zu sich nehmen, wurden die Vorteile gegenüber Kaffeeverweigerern nicht nachgewiesen. Seit längerem ist bekannt, dass das koffeinhaltige Getränk beim Abnehmen helfen und die Lebergesundheit unterstützen kann.

[> Infos.](#)

Inhalt

Wahlprogramme: S. 3/4

Die Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus. Ein Überblick über Parteivorhaben bei Arbeit, Mitbestimmung, Gesundheit und Pflege. [>](#)

Angriffe am Arbeitsplatz sind keine Seltenheit

Verbale und körperliche Übergriffe am Arbeitsplatz gibt es häufiger als vermutet. Besonders betroffen ist das Gesundheits- und Sozialwesen. Doch es gibt Wege, um dem entgegenzuwirken.

Etwa ein Drittel der Beschäftigten, die regelmäßig mit betriebsfremden Personen wie Kundenschaft oder Patientinnen und Patienten zu tun haben, wurde in den vergangenen zwölf Monaten am Arbeitsplatz verbal angegriffen. Das geht aus einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) unter 2.512 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hervor. Dabei waren Beleidigungen und Beschimpfungen am häufigsten (32 Prozent), gefolgt von Spott, Schikanen und Verleumdungen (zwölf Prozent). Sieben Prozent schilderten Bedrohungen oder Erpressung, sechs Prozent sexualisierte psychische Gewalt. Generell sind Frauen (41 Prozent) häufiger betroffen als Männer (32 Prozent).

Als Berufsgruppe besonders gefährdet sind Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der öffentlichen Verwaltung. Hier gab

mehr als die Hälfte an, mindestens einmal Opfer eines verbalen Übergriffes gewesen zu sein. Physische Attacken sind seltener, dennoch berichteten acht Prozent aller Befragten vor allem von Schubsen, Anspucken, Tritten oder Schlägen. Erneut lagen Mitarbeitende aus dem Gesundheits- und Sozialwesen mit 22 Prozent deutlich über dem Durchschnitt.

„Diese Zahlen zeigen: Gewalt ist ein Problem. Betriebe und Einrichtungen sind diesem Problem aber nicht ausgeliefert“, betont Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der DGUV, und verweist auf die aktuelle Resolution des Spitzenverbandes. Wichtig sei, dass Unternehmen und Einrichtungen deutlich machen, dass sie Gewalt nicht tolerierten. Dabei helfe eine systematische Erfassung von Gewaltvorfällen. Dafür müsse aber noch mehr Bewusstsein geschaffen werden, so Hussy. Doch seien viele Arbeitgeber bereits auf dem richtigen Weg, etwa mit Deeskalationstrainings, Notfallplänen oder einer betrieblichen psychologischen Erstbetreuung.



Für das Thema sensibilisiert auch die Kampagne #GewaltAngehen von Berufsgenossenschaften, Unfallkassen und DGUV. Die Aktion hebt hervor, dass Gewalt nicht hingenommen werden muss, gibt Tipps zur Vorbeugung und nennt Beratungs- sowie Unterstützungsangebote. „Es ist unser aller Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Beschäftigte geschützt sind und in einem respektvollen Umfeld arbeiten können“, sagt dazu Lilian Tschan, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Bei der Gewaltprävention können auch die 35 Handlungshilfen unterstützen, die die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) für Beschäftigte in personenbezogenen Dienstleistungen aufgelistet hat (siehe Web-tipp). [>Infos.](#)

Webtipp

Handlungshilfen zur Gewaltprävention im Job
[>Infos.](#)

Alte Hüte und neue Ideen: Wahlprogramme im Überblick

Gesundheit und Pflege werden von der Bevölkerung vor der Bundestagswahl mit 48 Prozent als wichtigstes politisches Handlungsfeld für die nächste Regierung angesehen, wie eine Forsa-Umfrage im Auftrag des AOK-Bundesverbandes zeigt. Betriebs- und Personalräte blicken darüber hinaus mit Argusaugen auf die Ankündigungen der Parteien bei Arbeit und Mitbestimmung. Nachfolgend ein Überblick, was SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP in ihren Wahlprogrammen auf diesen Feldern versprechen.



SPD: Die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld will die SPD stärken. Zeiten einer Qualifizierung will sie nicht mehr auf die Bezugsdauer anrechnen.

Betriebsräte sollen bei strategischer Personalplanung und -bemessung, bei der Einführung von KI sowie bei Gesundheitsschutz und Weiterbildung echte Mitbestimmungsrechte erhalten. Initiatoren von Betriebsratswahlen erhalten besseren Schutz. Weiter will die SPD, „dass Arbeit nicht krank macht“. Die Gefährdungsbeurteilungen sollen dazu vorangetrieben werden. Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen werden abgeschafft.

Beim Thema Gesundheit setzt die derzeitige Kanzlerpartei auf ein „solidarisches System einer Bürgerversicherung“ aus gesetzlichen und privaten Kassen, an dem alle beteiligt sind und das den Zugang für jeden in gleicher Weise sicherstellt. Versicherungsfremde Leistungen will die SPD „ausreichend aus Steuermitteln“ finanzieren. Durch eine „Termingarantie“ sollen



gesetzlich Versicherte genauso schnell einen Termin wie Privatversicherte erhalten. Bei der Pflege schwebt der SPD ebenfalls ein solidarisch finanziertes System vor, das das Nebenein-

ander von gesetzlicher und privater Pflegekasse beendet. Die hohen Eigenanteile bei der Pflege im Heim sollen auf 1.000 Euro im Monat begrenzt werden. > [Programm](#).



CDU/CSU: Die Union tritt für eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung ein und will für alle Firmen anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit einführen. Zudem will sie den hohen Standard beim Arbeitsschutz wahren. Das Bürgergeld soll abgeschafft und durch eine „Neue Grundsicherung“ ersetzt werden, die sich

am Prinzip „Fördern und Fordern“ orientiert. Die betriebliche Mitbestimmung wollen CDU/CSU „auf die Höhe der Zeit“ bringen. Etwa soll sichergestellt werden, dass Betriebsratsgründungen nicht verhindert werden. Die Union setzt zudem auf mehr Tariföffnungsklauseln.

Im Gesundheitssektor stehen beide Parteien zur Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung, zur Freiberuflichkeit sowie zur solidarischen Beitragsfinanzierung. Fehlsteuerungen bei der Klinikreform will die Union

korrigieren. Um die Finanzen zukunftsfest aufzustellen, wird „mehr Effizienz beim Einsatz von Beitragsgeldern“ und eine Stärkung des Kassenwettbewerbs angestrebt. Haus- und

Kinderarztpraxen sollen eine stärkere Steuerung der Patientinnen und Patienten übernehmen. Bei der Pflege kommt es der Union auf einen Finanzierungsmix aus gesetzlicher Versicherung, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln sowie einer „eigenverantwortlichen Vorsorge“ an. Bezahlbare Zusatzversicherungen könnten die Finanzierungslücke schließen, heißt es. Die Mittel der Pflegekasse sollen bedarfsgerechter eingesetzt werden. **> Programm.**



Bündnis 90/Die Grünen: Die Grünen wollen die betriebliche Mitbestimmung stärken und auf Mitbestimmungsrechte bei Klima- und Umweltschutz, Qualifizierungsmaßnahmen sowie Gleichstellung im Betrieb pochen.

Bei Gesundheit und Pflege wollen die Grünen eine verlässlichere und gerechtere Finanzierung in Form einer fairen Beteiligung aller Versicherten. „Auf dem Weg hin zu einer Bürgerversicherung“ werde man auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des Gesundheitssystems einbeziehen. Im Pflegebereich strebt die Partei analog eine „Pflegebürgerversicherung“ an. In beiden Sektoren will sie zudem Versicherte und Arbeitgeber von versicherungsfremden Leistungen entlasten. Die Kranken-

hausreform werde nachgebessert. So sollen sich nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die privaten Versicherungen an den Kosten des Umbaus der Kliniklandschaft beteiligen, heißt es im Programm. Bei der ambulanten Versorgung plädieren die Grünen für eine Stärkung der Primärversorgung, insbesondere durch Hausärztinnen und Hausärzte. Jede Patientin und jeder Patient soll eine optimale Versorgung erhalten, ohne lange und aufwendig nach Behandlungsterminen zu suchen und darauf zu warten. Die Grünen treten des Weiteren dafür ein, dass „Pflege wieder bezahlbar wird“ und die Pflegebedürftigen entlastet werden. **> Programm.**



FDP: Die Freien Demokraten wollen das Arbeitszeitgesetz reformieren und wie die Union mit einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit neue Arbeitszeitmodelle ermöglichen. Sie sprechen sich zudem für eine Reform der Grundsicherung aus, „weg von einem alimentierenden Bürgergeld hin zu mehr Aktivierung“.

Zum Bereich Gesundheit und Pflege heißt es: „Wir bekennen uns zur Selbstverwaltung und stärken die Freien Berufe.“ Die FDP will stabile Beiträge und zeigt sich als Verfechterin des dualen Systems aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung. In beiden Versicherungs-



systemen sollten Wechsel- und Wahlfreiheit gestärkt werden. Um die ungebremste Leistungsausgabenentwicklung in der GKV in den Griff zu bekommen, sollten die Ausgaben nicht stärker wachsen als die Einnahmen, heißt es weiter. Zusätzlich wollen die Liberalen alle Leistungsausweitungen der vergangenen zehn Jahre „einem Evidenz-, Effizienz- und Wirtschaftlichkeitscheck“ unterziehen. Bei der Pflege will die FDP das umlagefinanzierte System der sozialen Pflegeversicherung als Teilleistung beibehalten. Zur Stabilisierung der Beitragssätze soll diese Säule um eine „kapitalgedeckte Komponente“ ergänzt werden. Die FDP setzt auch auf mehr Anreize für private Pflegevorsorge. **> Programm.**

Impressum

Herausgeber: AOK-Bundesverband GbR; Redaktion und Grafik: KomPart Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG 10178 Berlin, Rosenthaler Straße 31, www.kompart.de; Verantwortlich: Frank Schmidt; Redaktion: Thorsten Severin, Stefanie Roloff; Design: Robinson Zuñiga, Geertje Steglich; Fotos: S.1: iStock.com/Ivan-balvan, S.2: iStock.com/sturti, S.3: iStock.com/arsenispyros, S.4: iStock.com/Alfonso Sangiao; Informationen zum Datenschutz finden Sie hier: www.aok-original.de/datenschutz.html

Apps & Links

> AOK-Positionen zur Bundestagswahl

> Wahl-O-Mat